

Fachkonferenz "Polizeidienststellen und Moscheevereine: Prävention, Kooperation, interkulturelle Kompetenz", Stuttgart 2005

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK)

Workshop 4: Zusammenarbeit mit Moscheevereinen: Neue Methoden, Ansätze und Problemlösungen aus der Einsatzarbeit vor Ort

Klaus-Peter Netz, Leiter Polizeiinspektion 4, Essen

Moderation: Dr. Michael Kiefer, Islamwissenschaftler, Düsseldorf

Moderator

Ich darf Sie herzlich willkommen heißen zum Workshop 4. Der Titel des Workshops lautet „Zusammenarbeit mit Moscheevereinen. Neue Methoden, Ansätze und Problemlösungen aus der Einsatzarbeit vor Ort“. Wir wollen in dieser Arbeitsgruppe das, was gestern angeschnitten wurde, vertiefen. Wir wollen der Frage nachgehen: Wie sieht im polizeilichen Alltag eine Zusammenarbeit mit Moscheegemeinden aus, wo hat sie sich als hilfreich erwiesen, wie sehen die Alltagserfahrungen der Beamten aus, die in diesen Bereichen tätig sind. Wir haben heute zwei Vertreter aus Essen-Katernberg hier. Herr Netz wird einleitend noch einmal kurz die Arbeit darstellen. Herr Herbert Czarmyan kann zahlreiche Beispiele aus der Praxis schildern, die er auch schon zu Papier gebracht hat. Das kann man auch nachlesen.

Netz:

Zunächst noch einmal zur Erläuterung. Ich bin zur Zeit der Projektdurchführung Polizeiinspektionsleiter der PI 4 gewesen. Das ist der Nordosten der Stadt Essen. Heute ist die Bezeichnung P Nord, Polizeiinspektion Nord, weil der Nordwesten dazugekommen ist. Herbert Czarmyan ist einer der Pioniere, die von Anfang an mitgemacht haben seit 1995, er war damals Sachbearbeiter in einem Kommissariat, ist dann Jugendkontaktbeamter geworden und ist das bis jetzt auch geblieben. Er ist in dem Netzwerk in Essen-Katernberg vor Ort tätig und hat hautnah die geschilderten Fälle erlebt. Ich möchte kurz berichten, wie die Netzwerkarbeit in Katernberg (oder im Stadtbezirk 6) zustande gekommen ist, und dann einige Thesen vorstellen und mit Beispielen untermauern, damit wir möglichst schnell in ein Gespräch kommen und Fragen beantworten können.

Im Film ist dargestellt worden, dass 1995 die Jugendkriminalität eskalierte, in Essen-Katernberg handelte es sich hauptsächlich um libanesischen Kinder und Jugendliche. Deutsche oder türkische Jugendliche waren auch in kriminelle Handlungen verwickelt. Aber die Dominanz der libanesischen Jugendlichen war eindeutig. Als Polizei hatten wir zu dieser Zeit noch keine festen Ansprechpartner, wir mussten aber darauf reagieren. Auch aus der Kollegenschaft erhielten wir Hinweise, da sei richtig Druck im Stadtteil, irgendwann kippe der. Die Brisanz der Situation zeigten Äußerungen wie: „Wir lernen schon mal türkisch, in zwei Jahren wird hier türkisch

gesprachen“, oder: „Was willst Du denn, in Beirut habe ich drei erschossen“, mit dem nicht ausgesprochenen Unterton „Willst Du der Vierte sein?“

Wir haben dann offensiv die Schulen angesprochen. Es war notwendig, die Schulen einzubinden, sie dürfen kein rechtsfreier Raum sein, wo andere Gesetze gelten. Wir haben Straftaten aufgegriffen, auch Straftaten an den Schulen. In der damaligen P4 tagte zweimal eine Schulleiterkonferenz aus dem Stadtbezirk. In Absprache mit den Schulleitern wurden tatsächlich Festnahmen in den Klassen vorgenommen und Vernehmungen in den Schulen durchgeführt mit der Zielrichtung, die Rädelsführer öffentlichkeitswirksam zu demontieren. Die mussten so klein mit Hut rausgeführt werden, dass auch die anderen Schüler erlebten, das ist gar nicht der große Macker, der irgendetwas erreichen kann, der fängt an zu heulen, wenn die Polizei da ist. Wir haben aber die Schulen dann nicht alleine gelassen. Wir sind danach, nach Möglichkeit der gleiche Sachbearbeiter, in die Schulen gegangen und haben das erläutert: Was macht die Polizei, was folgt, welche Zusammenhänge gibt es da. Das war die eine Schiene der Sachbearbeitung. Wir hatten zwei Mitarbeiter in die Polizeiwache Katernberg abgestellt, die ortsnahe tätig waren.

Die andere Schiene war, die Institutionen in diesem Stadtteil offensiv anzusprechen: die Bezirksvertretung, die Kaufmannschaft, aber vor allem auch die Moscheevereine. In diesem Bereich gibt es zwei türkische Moscheen und die libanesische Moschee. Es ging vor allem darum, Ansprechpartner zu finden. Wir wollten sie einbinden mit dem Argument: das sind Eure Kinder, die so etwas machen. Wir kamen da zunächst relativ schlecht an. Die türkische Moschee, eine DITIB-Moschee, war im Vorjahr abgebrannt, es stand fest, dass es Brandstiftung war, möglicherweise ist es sogar ein Anschlag gewesen. Wir hatten uns gedacht, die müssten nur darauf warten, dass irgendjemand etwas über bauliche Sicherheitsmaßnahmen sagen kann, um so etwas zu verhindern. Das war gar nicht so. Die haben uns freundlich empfangen, wir konnten mit denen reden. Aber wir hatten nicht den Eindruck, dass sie Wert darauf legten. Wir haben dann unser Vorgehen geändert. Im Stadtteil sind bei den Verkehrsunfällen sehr viele Kinder betroffen, auch türkische Kinder. Das war ein Thema, auf das sie sofort angesprungen sind. Wir sind also mit Verkehrsunterricht in die Moschee gegangen.

Die Kontakte zur libanesischen Moschee liefen ganz anders an. Das war vom Zufall begünstigt. Die libanesische Moschee lag auf einem Hinterhof in einem alten Lagerhaus, und da gab es Konflikte mit Anwohnern, Konflikte wegen des Lärms am Freitagabend im Zusammenhang mit dem Freitagsgebet. Aber auch aus der Nachbarschaft kamen entsprechende Beschwerden. Ein Bürger hatte da einen Kiosk, der sagte, die Kinder klauen mir hinten das Leergut und tauschen es vorne wieder um. Das wurde uns von einem Politiker der Bezirksvertretung vorgetragen. Die Frage war, was können wir daraus machen. Sollten wir eine Anzeige aufnehmen, sollten wir ermitteln – das hätte uns nicht weitergebracht. Dann hat der Wachleiter persönlich Kontakt aufgenommen und ein Kooperationsgespräch angeboten, um alle an einen Tisch zu bringen. Die Einladung ist über die politische Schiene verbreitet worden und der Wachleiter hat das Treffen moderiert. Daraus ist ein Vertrag entstanden, der auch eingehalten wurde. Und das kam so gut bei den Libanesen an, dass daraus eine sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit entstanden ist. Später entwickelte sich daraus ein Netzwerk mit Kontakten auch zur AWO, die Schulen wurden eingebunden, und heute besteht eine Vielzahl von Kontaktmöglichkeiten. So viel zur Entwicklung dieses Netzwerks.

Nun zu unseren Thesen, die merksatzartig darstellen sollen, was wir entwickelt haben. Als Hintergrund haben wir die Formel: „Mehr an Problemen arbeiten - nicht an Konzepten“. Diese Erfahrung bezieht sich auf einen interkulturellen Arbeitskreis, der versucht hatte, aus dem Rauschgiftbereich Kontakte aufzubauen. Dort waren die Probleme aufgenommen, abstrahiert, Konzepte entwickelt und diese wieder zurückgegeben worden. Es hatte sich aber gezeigt, dass das nicht geklappt hat. Wir sind deshalb einen anderen Weg gegangen mit der Maxime: Wir müssen vor Ort arbeiten. Die Leute, die an der Basis arbeiten, müssen zusammenkommen. Keine Arbeit an theoretischen Konzepten, sondern Arbeit vor Ort. Wir als Polizei haben z.B. in den Schulen mit den Familien gesprochen. An den Schulen waren verstärkt Konflikte entstanden, der Schulleiter ist an uns herangetreten, weil er die Probleme nicht mehr in den Griff bekam. Wir mussten einen Weg finden, die Jugendlichen wieder einzufangen. Daraufhin haben wir zusammen mit dem Imam die Familien aufgesucht und dazu eingeladen, in einer Schulveranstaltung mit den Kindern und Jugendlichen zu reden. Durch das gemeinsame Auftreten des Imams und der Polizei kam der entsprechende Druck zustande, dass die Familien auch tatsächlich in die Schule kamen. Sie waren zuvor für die Schule nicht erreichbar gewesen. Wir haben also erreicht, dass etwa hundert Familienmitglieder da waren: Jugendliche und zum großen Teil auch Eltern. Die Schule berichtete über die Konflikte, die dort bestanden, wir als Polizei haben die rechtlichen Folgen dargestellt und der Imam hat aus dem Koran begründet, dass so etwas nicht geht, hat die entsprechenden Textstellen zitiert, wie sich Jugendliche in den Schulen verhalten sollen. Als Ergebnis ist dann tatsächlich ein Vertrag zustande gekommen, durch den der Imam sich stellvertretend für die Familien dafür verbürgte, dass so etwas nicht mehr passiert. Es hat sich auch einer der Schüler zu Wort gemeldet, einer von diesen Hardlinern, und hat gesagt, es tut mir leid, ich habe da falsch gehandelt, das soll so nicht wieder vorkommen. Das ist ein dramatisches Ereignis für so einen Jugendlichen, sich in der Öffentlichkeit, vor anderen Familien, vor Deutschen so zu äußern. Das hat dazu geführt, dass die Auffälligkeiten, die Kriminalität und sonstige Auffälligkeiten an dieser Schule um 80 % zurückgingen. Das ist ein Beispiel, wie man mit dem Imam arbeiten kann. Wir sind mit dem Imam und mit Sozialarbeitern, d.h. mit der Jugendgerichtshilfe und dem Jugendamt zu den Familien reingegangen, wenn die Jugendlichen straffällig geworden sind. Man muss sich vorstellen, dass die Eltern oft kein Deutsch verstehen, jedenfalls nicht lesen können. Wenn sie einen Brief von der Schule oder von der Polizei erhielten – dann wurde natürlich der Sohn gefragt, übersetz mal, was steht da drin. Und der hat gesagt, die sammeln etwas für eine Schulveranstaltung oder solche Sachen. Die Eltern wussten gar nicht, was da abläuft. Erst als wir die Familien mit dem Imam oder auch mit entsprechenden Vertretern aus der Moscheegemeinde aufgesucht haben, wurde ihnen klar, was ihre Kinder machen. Der Imam konnte dann die Familien zur Ordnung rufen und hat ihnen ganz klar gesagt: das ist Euer Sohn, kümmert Euch mal darum, das ist Deine Aufgabe, dafür zu sorgen, dass er sich ordentlich verhält. Das klappte dann auch. Sie in die Verantwortung zu nehmen, die konkreten Probleme zu lösen - das bringt die Leute zusammen. Es ist das Merkmal dieses Netzwerks, dass wir Probleme aufgegriffen haben, ganz konkrete Probleme an der Schule, im Kriminalitätsbereich, und versucht haben, diese Probleme zu lösen. Und die Erfahrung für die Leute ist: es wird was daraus.

Zweite These: „Mehr vor Ort arbeiten und weniger an Beratungstischen oder überhaupt ortsfern“. Es ist sehr wichtig, die Leute zu erreichen. Die Wache in

Katernberg war nach unseren Aktionen ein richtiger Anlaufpunkt. Die Leute kamen mit ihren Problemen da hin. Die sozialen Partner aus der AWO, aus dem Jugendamt, wussten genau, wo sie die Leute finden, um sie ansprechen zu können. Sehr kurze Wege. Wenn an der Schule ein Problem eskalierte, konnten sie sofort anrufen, hatten ihren Ansprechpartner, und der konnte auch sofort am Vormittag da sein und konnte etwas regeln. Vor Kurzem war es beispielsweise noch so, wenn an der Hauptschule ein Streit zwischen zwei muslimischen Mädchen eskalierte (dazu muss man wissen, dass im libanesischen Bereich die Familie sofort dahinter steht), dann überschlugen sich die Telefonate, die Brüder waren sofort da, und es kamen immer mehr Verwandte zusammen. Das heißt also, Sie müssen sehr schnell reagieren. Das geht nur, wenn Sie vor Ort sind, nicht weit weg. Sie müssen erreichbar und ansprechbar sein.

Es ist wichtig, die Betroffenen mit in die Verantwortung zu nehmen. Ich glaube, dass es für die libanesischen Gemeinde sehr wichtig war, dass sie als Partner akzeptiert wurde. Sie waren nicht Objekt der Arbeit von Polizei und Sozialarbeit, sondern sie waren mit eingebunden, ihre Meinung war gefragt, sie konnten Vorschläge machen, die konstruktiv zur Lösung der Probleme beigetragen haben. Ein Vorschlag des Imams war es z.B., Probleme von muslimischen Gefangenen in der JVA Gelsenkirchen aufzugreifen. Dort gab es ein sehr großes Aggressionspotenzial. Nach einer Vermittlung zwischen der Leitung der JVA und dem Imam wurden in der JVA in Absprachen mit ihnen Betreuungsstunden eingerichtet. Einmal in der Woche ging der Imam für eine Stunde in die JVA und hat dort für die muslimischen Gefangenen eine Betreuungsstunde angeboten. Das war so ein Bombenerfolg, dass die JVA-Leitung uns mitteilte, innerhalb von wenigen Monaten sei das Aggressionspotenzial deutlich zurückgegangen. Das hat sich herumgesprochen und wird mittlerweile auch in den JVA Bochum und Dortmund angeboten.

Ein weiteres Beispiel: Wir haben in den Moscheen, nicht nur in der libanesischen Moschee, sondern in gleicher Weise auch in den beiden türkischen Moscheen, zu Themen wie häusliche Gewalt Vorträge gehalten. Es hatte sich gezeigt, dass wir nach der Änderung der Rechtslage in Nordrhein-Westfalen bei häuslicher Gewalt Anzeigen erstatten mussten, dass wir Wohnungsverweisungen aussprechen mussten, und dass das bei den Männern überhaupt keine Akzeptanz fand. Die konnten das überhaupt nicht verstehen. Auch die Frauen konnten es nicht verstehen. Die Familie stand vor der Wache und bestand darauf, dass es so nicht ginge. Wir mussten ihnen klarmachen, dass das die rechtlichen Bedingungen sind, unter denen wir arbeiten. Uns wurde die Gelegenheit gegeben, in den Moscheen darüber zu referieren, wie so etwas abläuft. Auch unsere Opferschutzbeauftragte hat in allen Moscheen mit den Frauen alleine reden und ihnen erklären können, was die Hintergründe sind. Auch da sind wir von den Moscheegemeinden sehr stark unterstützt worden. Die Folge war, wenn man diese Leute so einbindet und sie heranzuführt an die Rechtsauffassung in unserem System, dass besonders die jungen das auch annehmen. Das Ergebnis war, es gab immer mehr Mädchen, die versuchten, aus ihrem traditionellen Kreis auszubrechen. Es gab eine Situation bei den Libanesen, in der ein 18jähriges Mädchen sich den Heiratswünschen des Vaters widersetzen wollte, sie hatte einen anderen Freund, ihr Bruder, der sich verantwortlich fühlte, schleppte sie nach Hause, und sie wurde von ihrem Vater schwer misshandelt. In so einer Situation darf man sie nicht alleine lassen. Man kann nicht zunächst verkünden, wir wollen, dass sie die Rechtsordnung beachtet, dass sie danach lebt, und wenn die Ersten anfangen, diese Grundrechte in Anspruch zu

nehmen, darauf zu verweisen das seien Familienstreitigkeiten. Die Folge war, die Mädchen kamen in Heime, und zwei Stunden später standen die Familien vor den Heimen. Die hatten einfach Angst um die Sittlichkeit der Mädchen in den Heimen. Auch dazu machte der Imam einen Vorschlag: er werde die Heimleitung beraten, im Zweifelsfall dazukommen und sich gegenüber der Familie verbürgen, dass die Mädchen dort vernünftig untergebracht sind. Dadurch sollte Ruhe in die Situation gebracht werden. Das sind alles Ideen, die letztlich auch von dem Imam mitgetragen werden, die darauf hinauslaufen, selbst Verantwortung zu übernehmen und mitzuwirken. Es ging darum, die Gemeinsamkeiten zu betonen und nicht die Unterschiede.

Als wir Kontakte zu den Moscheevereinen aufnahmen, haben wir uns gefragt, wie wir das denn am besten anfassen. Es war doch erforderlich, eine gemeinsame Basis zu finden, auf der wir arbeiten konnten. Ich hatte schon angedeutet, dass wir über das Bauprojekt für die zuvor abgebrannte Moschee überhaupt keinen Zugang fanden. Die Gemeinsamkeit sind die Kinder, die Jugendlichen. Die Familien haben ein ganz elementares Interesse daran, dass ihre Jugendlichen, ihre Kinder auch sicher aufwachsen. Es ist nicht so, dass die kriminellen Karrieren von der Familie vorgeplant werden. Die wollen auch, dass die Kinder in ihrem Sozialraum problemlos aufwachsen. Das war das Thema, mit dem wir überall Zugang fanden, sei es im Verkehrsbereich oder im Kriminalitätsbereich. Wir haben Informationsvorträge über das Waffengesetz gehalten mit dem Ziel, dass alle Waffen bei den Sammelaktionen in den Schulen abgegeben werden mussten, auch über die Moscheen war das möglich. Was die Netzwerksarbeit angeht, wir haben in einer Sozialraumkonferenz alle an einen Tisch gebracht: die AWO (die die Jugendbetreuung bei den Libanesen einschließlich der Jugendgerichtshilfe durchführt), das Jugendamt ist dabei, Kirchenvertreter, Schulen, Kindertagesstätten, eigentlich alle, die im Sozialraum mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Dort werden die Probleme vorgetragen. Und dann muss festgestellt werden, wer diese Probleme hat. Das muss man an Namen festmachen. Da ist also der Ali, mit dem geht es auf einmal in der Schule bergab, der schlägt nur noch rum, im Jugendhaus wird auch seine Aggressivität festgestellt. Die Polizei weiß, dass er schon wieder zwei Anzeigen bekommen hat. Dann setzen sich diejenigen zusammen, die etwas dazu beitragen können, das Problem zu lösen. Das ist nicht eine Frage der Zuständigkeit, sondern alle sind dafür zuständig, das Problem zu lösen. Diese Leute überlegen sich Mittel und Wege, wie jeder dazu beitragen kann, dieses Problem zu lösen, und sie berichten dann auch darüber, was geschehen ist. Dieses Gemeinschaftsgefühl bei den Vertretern im Netzwerk ist die Grundlage für die Zusammenarbeit.

Ein weiterer Punkt ist die Information im eigenen Hause. Wir haben Probleme damit gehabt, den Streifendienst, d.h. die Dienstgruppen näher an die Problematik heranzuführen. Sie waren der Auffassung: „Was heißt Islam oder Muslime, wir haben mit den Libanesen zu tun oder mit den Türken. Die sollen, wenn wir auf der Straße sind, nicht die große Lippe riskieren, nicht Widerstand leisten, sondern die sollen begreifen, wenn die Polizei da ist, wird nicht mehr geprügelt, dann müssen sie den polizeilichen Maßnahmen folgen. Islam interessiert uns darüber hinaus nicht.“ Es dauerte sehr lange, den eigenen Leuten nahe zu bringen, wie sie sich richtig zu verhalten haben. Wir haben im vergangenen Jahr damit angefangen, Kollegen aus dem Streifendienst im Netzwerk hospitiieren zu lassen, damit sie sehen, wie wir mit anderen zusammenarbeiten, welche Ansprechpartner wir haben. Wir haben diese

Ansprechpartner auch bekannt gemacht, damit die Kolleginnen und Kollegen im Streifendienst wissen, wen man anrufen kann, mit wem man sprechen kann.

Wir hatten jetzt Anfang August eine problematische Situation aus einer Nichtigkeit heraus. Zwischen zwei libanesischen Familien entstand eine Auseinandersetzung. Innerhalb kürzester Zeit waren über 100 Personen nachts auf der Straße, die sich in wechselnder Beteiligung verprügeln wollten. Ein Streifenwagen kam dazu, stellte das fest, konnte sie mehr oder weniger auseinanderhalten. Schließlich waren etwa 50 Polizeibeamte vor Ort, die die Familien trennten. Wir hatten das Glück, dass einer der Beamten, die als Einsatzsachbearbeiter dort tätig waren, am Netzwerk beteiligt war. Der hatte den Vorschlag, die streitenden Parteien nicht mit Hundertschaften auseinander zu prügeln, weil er wusste, dass das nichts bringe. Wenn man sie zerstreue, seien eine Stunde später 200 da, und dann versuchten sie das wieder. Er ist vielmehr an die Kooperationspartner herangetreten, der Kollege Cania war dann nachts noch im Einsatz, der Imam ist geholt worden, so dass wir sehr schnell an die Familienoberhäupter herangekommen sind, denen wir klarmachen konnten, dass sie erst mal für Ruhe sorgen müssten und dafür, dass alle, die hier nicht wohnten, wegfahren. Viele kamen nämlich mit dem Taxi aus Holland dahin, und das auf beiden Seiten der Kontrahenten. Als erstes ging es um Ruhe auf der Straße. Und dann darum, dass die Familienoberhäupter sich zusammensetzten, um das Problem zu lösen. Der Anlass war eine Nichtigkeit, eine Beleidigung. Mittlerweile haben wir folgende Regelung erreicht: in der libanesischen Gemeinde haben sich die Familienoberhäupter getroffen und sich darauf verständigt, dass sie mehr zusammenarbeiten müssen. Das waren nicht nur Familienoberhäupter aus Essen, da waren auch welche aus Hannover, aus Bremen, aus Trier dabei. Sie haben durchaus erkannt, wenn sie etwas erreichen wollten für ihre libanesischen Gemeinschaft, müssten sie nach außen hin sprachfähig werden. Dazu passt es nicht, dass sich nachts irgendwo in Essen 100 Libanesen prügeln. Das lässt sich in der Öffentlichkeit nicht gut vermitteln. Die Polizei hat deutlich gemacht, dass so etwas nicht passieren dürfe, dass sie solche Angelegenheiten vorher regeln oder sehr schnell eingreifen müssten, um derartige Vorfälle zu verhindern. Es könne nicht sein, dass es zu Beleidigungen kommt, wenn ein Streifenwagen an Libanesen oder Türken vorbeifährt – ausgestreckter Mittelfinger, du Hurensohn, was willst du – das sei kein akzeptables Bild in der Öffentlichkeit, das sollten sie ihren Jugendlichen beibringen. Und letztlich konnten wir auch ansprechen, dass im nördlichen Innenstadtbereich eine bestimmte libanesischen Familie versucht, in die Türsteherszene einzudringen und damit das Rauschgiftgeschäft zu übernehmen. Auch das haben wir ihnen deutlich gesagt, so etwas passt nicht zusammen, wenn sie in der Öffentlichkeit einen guten Eindruck erreichen wollen. Das Familienoberhaupt der betreffenden Familie war nicht dabei, aber derjenige, der darüber sitzt, war anwesend. Mal sehen, was daraus wird. Sie haben sich letztlich darauf verständigen können, dass sie engere Verbindungen zwischen den Familien herstellen wollen. Da spielen nämlich auch noch Tote im Libanon und Blutrache eine Rolle. Auch das muss beigelegt werden. Sie konnten sich erst einmal verständigen, ihre eigenen Kontakte unter den Familien zu verbessern. Sie haben sich auch darauf geeinigt, als Familienoberhäupter sehr schnell einzugreifen, um solche Eskalationen auf der Straße zu vermeiden.

Sie werden sicherlich auch versuchen, sich politisch zu artikulieren, denn man muss folgendes ins Bewusstsein rufen. Wir haben Projekte durchgeführt, in denen wir versucht haben, die Notwendigkeit von Bildung zu vermitteln. Sowohl den libanesischen wie den türkischen Gemeinden ist bewusst, Bildung ist das A und O für

die Jugendlichen. Bei diesen Veranstaltungen haben die Familienväter aber auch ganz klar gefragt: „Was ist denn, ihr schickt unsere Kinder zur Schule, die machen vielleicht noch Abitur, und dann?“ Die Libanesen dürfen hier nicht arbeiten. Das liegt an ihrem ausländerrechtlichen Status. Nach der Schule stehen die auf der Straße. Entweder leben sie von der Sozialhilfe oder sie werden kriminell. Auch das ist etwas, was sie politisch formulieren müssen, um das deutlich zu machen. In der türkischen Gemeinde, in der DITIB-Moschee in Altendorf, sind jetzt Kontakte zu einem Sportverein aufgebaut worden, um die Jugendlichen von der Straße zu bringen. Der Vorsitzende sagte, das größte Problem sei, dass die weder türkisch noch deutsch sprächen. Das sei ein Kauderwelsch, das keiner mehr verstünde. Auch da muss im Bereich der Bildung entsprechend etwas getan werden.

Ein weiteres Problem bei den Libanesen ist folgendes: Wegen ungeklärter Staatszugehörigkeit beginnen viele Kommunen abzuschieben. Rechtlich ist das für uns nicht zu kritisieren. Das ist aber für die Familien nicht nachvollziehbar. Zuerst wird der Familienvater abgeschoben, weil irgendwie nachgewiesen oder vermutet wurde, dass er nicht Libanese ist - er hat halt keinen libanesischen Pass - sondern aus der Türkei stammt. Letztlich bekommt er einen türkischen Pass und wird auf Intervention der Kommunen abgeschoben. Kurze Zeit später werden die Kinder abgeschoben. Die sind hier geboren, sind 18 Jahre hier aufgewachsen, die finden sich weder im Libanon noch in der Türkei zurecht. Das sind Probleme, die auch von denen selbst, wenn sie sich organisieren würden, an die Politiker herangetragen werden müssen.

Dankeschön.

Diskussion

Moderator:

Vielen Dank für die sehr plastische Schilderung ihrer Arbeit vor Ort. Ich hatte den Eindruck, von ganz entscheidender Bedeutung sind die Schnittstellen, die Sie in die Kommune haben. Und dazu das Stichwort Sozialraumkonferenz: Sie haben einen institutionalisierten Rahmen, in dem sowohl die AWO, die anderen Träger der Gemeinwesenarbeit als auch die Moscheen und die Polizei gemeinsam die Probleme besprechen und in Angriff nehmen. Ich hätte dazu noch drei Fragen und bitte um eine kurze Antwort. Das eine ist: wer hat diesen Rahmen organisiert in Essen, wie oft trifft sich diese Sozialraumkonferenz und drittens, wird diese Konferenz moderiert oder gibt es eine festgesetzte Agenda, die abuarbeiten ist. Können Sie dazu noch ein paar Anmerkungen machen.

Netz:

Zunächst eine generelle Antwort. Die Sozialraumkonferenz ist etwa 1995 entstanden, als sich AWO, Diakonie und Paritätischer Wohlfahrtsverband zu einem Projekt zusammengeschlossen hatten, das Jugendhilfenetzwerk Katernberg. Es ging um die Koordinierung der Jugendarbeit in diesem Stadtteil. Man hat das vertragsmäßig umgesetzt, dabei geht es ja auch um Gelder. Als Steuerungsgremium wurde die Sozialraumkonferenz eingerichtet, und die wurde dann immer weiter gefasst: Schulen kamen dazu, Kindertagesstätten, die Polizei. Und das ist eigentlich das Gremium, das die gesamte Arbeit im Sozialraum Katernberg bzw. im jetzigen Stadtbezirk 6 (da sind noch zwei Stadtteile dazugekommen) steuert. Zu den anderen

Fragen kann der Kollege Czarmyan etwas sagen, er ist nämlich Mitglied in der Sozialraumkonferenz.

Czarmyan:

Anfangs war der Kreis der Beteiligten an der Sozialraumkonferenz noch überschaubar, wir haben jetzt aber einen Kreis von 50 bis 60 Leuten, die sich ständig treffen, insgesamt sind über 100 Institutionen beteiligt. Viele machen mit, um Informationen zu erhalten, die sind nicht in die praktische Arbeit eingebunden. So ein großer Arbeitskreis kann letztlich keine Aktionen durchführen. Deswegen sind die entscheidenden Gremien die Unterarbeitskreise, die ihre Ergebnisse in die Sozialraumkonferenz transferieren. Davon sind zwei Unterarbeitskreise für den Stadtteil ganz bedeutsam. Das ist der Arbeitskreis Schule, in dem sich alle Schulen des Stadtbezirks mit Vertretern der Ortspolitik, der Polizei und von Jugendverbänden treffen. Da werden alle Probleme erörtert, die im Umfeld Schule und Jugend relevant sind. Und das ist zweitens der Arbeitskreis Kriminalprävention, ein ganz aktiver Arbeitskreis, in dem alle Probleme mit Jugendlichen im kriminellen Bereich angesprochen werden. Da hat sich mittlerweile eine sehr offene Diskussionsform entwickelt. Man verzichtet auf die Verklausulierung von Namen unter dem Vorwand des Datenschutzes, sondern da werden die Angelegenheiten auf den Punkt gebracht, und es wird offen darüber gesprochen, wer macht Probleme und wie kann man denjenigen erreichen. Und danach wird die Sache innerhalb des Arbeitskreises auch sofort umgesetzt. Die Sozialraumkonferenz tagt etwas siebenmal im Jahr, und der Arbeitskreis alle sechs Wochen, so dass dort kurzfristig gemeinsame Aktionen abgesprochen werden können. Man muss dazu auch sagen, dass die Anlaufpunkte der meisten Akteure innerhalb des Stadtteils bekannt sind. Weil sich alle gut kennen, die Teilnehmer sind ja jahrelang miteinander bekannt, können die Probleme innerhalb von wenigen Stunden angegangen werden, unabhängig von vorherigen Absprachen in diesem Arbeitskreis.

Moderator:

Gibt es dazu erste Fragen oder Anmerkungen?

Frage (Neukölln):

Ist es möglicherweise in Essen dadurch einfacher gewesen, weil Sie es nur mit einer Moschee zu tun hatten, die den größten Teil der dort lebenden Muslime repräsentierte. Denn wir haben allein in einem Teilbereich von Neukölln 14 Moscheen, wenn ich das hochrechne auf den ganzen Stadtbezirk, sind es wahrscheinlich 20. Dadurch ist es relativ schwierig, ein hohes Maß an Repräsentanz zu finden, denn wenn ich z.B. mit der DITIB-Moschee gut kooperiere, erreiche ich damit nur einen Teil der gläubigen Muslime.

Ein zweiter Punkt, der mir sehr am Herzen liegt: ich habe Ihren Worten entnommen, dass der Imam bei Ihnen sehr aktiv gewesen ist. Wir haben andere Erfahrungen gemacht in der Zusammenarbeit. Das war etwas schwieriger. Der Imam hat sich gar nicht aktiv beteiligt, sondern der Vorsitzende der DITIB und zwei, drei andere waren diejenigen, die sich interessiert gezeigt haben. Es war aber unglaublich schwierig, vereinbarte Dinge auch in die Tat umzusetzen. Natürlich war das auch dadurch bedingt, dass sehr viel ehrenamtliche Mitarbeit erforderlich war. Eigene Vorschläge, konstruktive Elemente, wie Sie das berichtet haben, habe ich in unserer Kooperation leider nicht erlebt.

Czarmyan

Es ist sicherlich richtig, die Moscheen sind da sehr verschieden. Wir haben auch bei uns in der Polizeiinspektion mehrere Moscheen, bei denen die Zusammenarbeit weniger mit dem Hodscha als mit dem Vereinsvorstand erfolgt. Das hängt mit der persönlichen Kontinuität zusammen, und die Kooperationsbereitschaft ist abhängig vom Engagement der ehrenamtlichen Mitglieder. Man muss sagen, alle sind sehr aufgeschlossen und bereit mitzuwirken. Bei den DITIB-Moscheen geht es mehr um Vorträge und Veranstaltungen oder um Erläuterungen, die wir in den Moscheen vor den Freitagsgebeten oder in bestimmten Kursen geben können. Die eine DITIB-Moschee hat auch einen Sportverein, über den wir an die Jugendlichen herankommen. Die vorrangigen Themen, die ihnen auf den Nägeln brennen, sind Bildung und Rauschgift. Das Thema Bildung müssen natürlich die Kommune und die anderen Sozialpartner behandeln. Von uns kann das Themenfeld Rauschgift abgedeckt werden. Was in beiden türkischen Moscheen nicht läuft, ist die Intervention in den Familien. Das sind nicht solche Großfamilien wie im libanesischen Bereich. Da ist es vielleicht der Großvater, der Stellung nimmt, aber das sind keine großen Clans. Wir haben aber Vereinbarungen darüber getroffen, dass sie uns, wenn wir Probleme mit Jugendlichen haben, zumindest darüber informieren, wer etwas in der Familie zu sagen hat. Sie mischen sich nicht selber ein, aber sie vermitteln jemanden, den wir gezielt ansprechen können. Das ist in der libanesischen Moschee anders. Da gibt es die Großfamilien, da gibt es Familienoberhäupter, die haben ein paar hundert Leute, die sie beeinflussen können, wenn nicht sogar tausend oder noch mehr. Wenn wir da an die richtigen Leute herankommen, beeinflussen wir sehr viel und sehr stark. Und weil wir in Essen nach Berlin die größte libanesische Volksgemeinschaft haben, können wir damit auch viele Leute erreichen. Diese Familienoberhäupter sind in der Moschee integriert, und das sind sicherlich auch die tragenden Säulen in der Moschee. Auf der einen Seite ist für die sehr bedeutend, was der Imam sagt, auf der anderen Seite ist er ihr Sprachrohr. Und sie haben erkannt, dass über ihn und die Moschee sehr viel an Kontakten zur Verwaltung laufen kann. Wir haben sicherlich Glück damit, dass dieser Imam uns unterstützt. Denn es ist nicht so, dass jeder muslimische Geistliche oder Gelehrte uns bei solchen Aussagen unterstützen würde wie: „Du sollst nicht Deine Kinder schlagen, erziehe sie anders“; oder: „Du sollst nicht Deine Frau schlagen, da machst Du Dich strafbar und das findet keine Unterstützung im Koran“. Das ist für uns sicherlich sehr wertvoll, auch die Ideen, die er einbringt, weil er daran interessiert ist, dass die Libanesen das landläufige Klischee überwinden, „das sind alles bad guys, da läuft alles nur negativ ab“. Das ist sein Interesse, und deshalb kommen auch seine Vorschläge, damit er seine Landsleute auch positiv darstellen kann. Wenn man das vermitteln kann, wenn es gelingt, die Leute in die Verantwortung zu nehmen, ihnen zu vermitteln, dass sie selber dafür verantwortlich sind, wie sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, dann ist die Bereitschaft vielleicht eher da, sich zu beteiligen und etwas Positives beizutragen.

Müller-Hofstede:

Ich wollte das Thema aufgreifen, das an die Grenzen selbst der besten Sozialraum- und Polizeiarbeit geht, nämlich wenn der ausländerrechtliche Status der Jugendlichen dermaßen blockiert ist wie in diesem Fall, den Sie von Essen geschildert haben. Da wir in einem Kontext arbeiten, der jetzt bundesweit organisiert wird, und da auch die Arbeit mit der ProPK weiterlaufen soll - bestimmte Initiativen sollen ja in die Innenministerkonferenz eingebaut werden – stelle ich mir die Frage:

Was würden Sie als Forderung oder Empfehlung an die Länderinnenminister zu so einem ganz konkreten Fall in einer Kommune vorschlagen?

Czarmyan:

Wir haben bei der Masse der Familien merkwürdige Konstellationen. Es gibt Familien, in denen die Mitglieder, sogar einzelne Brüder, unterschiedlichen Status haben, mit libanesischem Pass, türkischem Pass, teilweise mit deutschem Pass; andere haben den Status der Duldung, besitzen also überhaupt keinen Pass. In einem Fall sind das alles Brüder, die von den Ausländerämtern unterschiedlich behandelt wurden, obwohl die Städte nebeneinander liegen. Da hat der eine eben das Glück gehabt, dass er in der Nachbarstadt etwas besser mit dem Ausländeramt kooperieren konnte. Wir haben auch solche abenteuerlichen Konstellationen, wo alle Mitglieder einer Großfamilie, die außerhalb Deutschlands geboren sind, mittlerweile mit einem türkischen Namen versehen wurden, während alle Familienmitglieder, die in Deutschland geboren wurden, noch den früheren libanesischen Namen besitzen. Es gibt also einen großen Kuddelmuddel bei einer Familie mit zwei verschiedenen Namen, der Verunsicherung sowohl bei den Familien selbst als auch bei den Behörden verursacht. Es gibt ein Riesenproblem mit den vielen libanesischen Familien kurdischer Abstammung im Bereich Essen und Umgebung, die überwiegend den Status der Duldung haben, weil sie keine Pässe besitzen, weil sie nicht nachweisen können, aus welchem Land sie eingereist sind. Und obwohl sie schon 20 Jahre oder länger in Deutschland leben und die Kinder größtenteils in Deutschland geboren wurden - das sind inzwischen Kinder, die bereits der Schulpflicht entwachsen sind - haben sie keine Möglichkeit, eine Ausbildung anzutreten oder in einen Arbeitsprozess zu gelangen. Das ist sozialer Sprengstoff, wenn viele und große Familien in einem engen sozialen Raum leben, wo die Kinder gänzlich von Ausbildung und Arbeit abgeschnitten sind. Das alles weiß die Mehrheit der Bevölkerung nicht, und deshalb werden diese herumlungernenden Jugendlichen als faule Gesellschaft tituliert, weil man nicht versteht, warum die nicht arbeiten gehen. Die Leute werden wegen dieser Unkenntnis noch mehr stigmatisiert, und irgendwann werden sie sich nicht länger als ein Teil dieser Gesellschaft fühlen, weil die gesamte Gesellschaft das ihnen gegenüber irgendwie ausdrückt. Und das ist der soziale Sprengstoff, der um uns herum anwächst, den wir zwar bisher noch einigermaßen in den Griff bekommen haben, weil wir die Unterstützung der Moscheegemeinde haben und weil die Familien die Jugendlichen noch einigermaßen auffangen können. Aber die Jugendlichen werden erwachsen, sie wollen Familien gründen. Und das ist unter den bestehenden Umständen einfach nicht möglich. Irgendwann wird der Zeitpunkt überschritten sein, wo sie noch eine Ausbildung machen können, wo sie noch einen Schulabschluss nachholen können. Wir können bei den Jüngeren, die noch schulpflichtig sind, schlecht argumentieren, wie wichtig Bildung ist, weil sie immer sagen können, was nützt es, wir haben ja einen in der Familie, der einen guten Schulabschluss gemacht hat, und auch der hat keine Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen. Warum sollen wir darauf drängen, dass unsere Kinder einen Schulabschluss machen. Wir leben hier mit gepackten Koffern und wissen nicht, was morgen passiert. Gerade gegenüber den Kindern ist das eine sehr unglückliche politische Situation. Die kennen nichts anderes als Deutschland, sind aber hier nie angekommen und nicht erwünscht, und das wird ihnen auch jeden Tag gezeigt. Dafür ist noch keine konkrete Regelung in Sicht, weil die Politiker dieses Problem einfach aussitzen. Die Reaktion der Politiker ist, wenn man sie anspricht, immer die gleiche. Man ist sehr verwundert, dass es das gibt in Deutschland. Ich weiß nicht, ob

das so stimmt oder ob man nur so tut. Aber uns vor Ort, die wir täglich mit diesen Problemen umgehen müssen, fehlen langsam die Argumente. Ich kann nur dringend empfehlen, dass man zumindest für die in Deutschland geborenen Kinder endlich eine Perspektive schaffen sollte.

Moderator:

Ich wollte noch einmal zurückkommen zu Ihren Arbeitsmodellen. Sie haben den libanesischen Imam dafür gewonnen, sich mit seiner Ehre dafür zu verbürgen, dass ein Jugendlicher zukünftig an seiner Schule keine Straftaten mehr begeht. Was mich interessieren würde: ist das etwas, das auf die speziellen libanesischen Verhältnissen zurückzuführen ist, oder ist dieses Modell übertragbar auch auf andere Moscheevereine.

Frage:

Sie haben davon gesprochen, dass Sie nur schwer an die Imame herankommen. Könnten Sie sich vorstellen, dass DITIB-Imame in einer ähnlichen Weise tätig werden, dass sie mit in die Schulen gehen und vergleichbare Verträge mit den Schülern und Lehrern abschließen – ist das möglich?

Antwort:

Es wäre sicher vermessen anzunehmen, dass der Imam durch sein Wort jegliche Jugendkriminalität unterbinden könnte. Das kann er sicher nicht. Jugendkriminalität ist auch nichts Außergewöhnliches, wir haben in allen Bevölkerungsschichten Jugendkriminalität, und selbst in Katernberg finden wir Jugendkriminalität überwiegend bei deutschen Jugendlichen. Was der Imam erreicht hat, war, dass die Familien sich mit dem Thema bewusst beschäftigen, dass der Familienvater seinen Erziehungsauftrag wichtig nimmt, dass er mit seinen Kindern über ihr Verhalten spricht, dass den Kindern klar gemacht wird, ihr Verhalten werde weder von der Gemeinde noch von der Familie noch von der Gesellschaft hingenommen oder geduldet, und dass sie durch ihr Verhalten im positiven oder negativen Sinne ein Aushängeschild für die libanesischen Gemeinde und die Familie darstellen. Und wenn es dann doch zu einem Vorfall kommt, den man ja nie ausschließen kann, hat man genau durch diese soziale Vereinbarung die Möglichkeit geschaffen, wieder unmittelbar mit der Familie ins Gespräch zu kommen, damit der Täter sofort konstruktiv an einer Verbesserung der Situation mitarbeitet: durch einen Täter-Opfer-Ausgleich, eine Entschuldigung, eine Wiedergutmachung, so dass nach außen hin klargemacht wird, da ist Reue zu spüren, da gibt es ein Bedauern, und die Familie steht dahinter, dass das nicht nochmals passiert. Ich denke, das haben wir geschafft. Dass es immer mal wieder zu einem Ausraster kommt, dass man Situationen nie völlig verhindern kann, in denen libanesischen Jugendliche über die Stränge schlagen, ich denke, das ist normal. Man kann nicht erwarten, dass die Kriminalität jetzt auf Null geht, und das war auch nicht Sinn der Sache. Durch diese Vereinbarung mit den Familien, in der der Imam stellvertretend seinen Namen unter den Vertrag gesetzt hat, wurde erreicht, dass sie jetzt ganz anders mit den Konflikten umgehen, dass sie viel mehr Verantwortung für den Bereich Schule entwickelt haben, dass die Jugendlichen ihr Verhalten überdacht und dementsprechend auch geändert haben. Das war ein Riesenerfolg.

Antwort:

Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass wir so einen Leitfaden von der Zentrale an die DITIB-Vereine verschicken und auch die DITIB-Imame anspornen, mitzumachen. Ich kann mir auch vorstellen, dass die ausschlaggebende Mehrheit der Imame theologisch und pädagogisch in der Lage ist, bei solchen Angelegenheiten mitzuwirken. Man kann schon mit einer Unterstützung rechnen.

Frage:

Noch einmal zu diesem Vertrag: haben sie da einen Musterentwurf, oder wird der dann jeweils Fall für Fall aufgesetzt. Wird das jeweils mit den Lehrern und Schülern und dem Imam vor Ort erarbeitet?

Antwort:

Es kommt auch immer darauf an, welche Partner eines Vertrages angesprochen sind. Man kann nicht immer den gleichen Vordruck nehmen, wenn dann der eine oder andere Partner nicht einbezogen ist. Und es kommt auch auf den Fall an, wen man für so einen Vertrag braucht. Man hat ein Muster entworfen, an das man sich anlehnt, das den Einzelnen bekannt ist und im konkreten Fall abgeändert wird. Wichtig ist, dass diese Art der Verträge für die Familien bindend ist, dass sie das ernst nehmen, dass es für sie eine Ehre ist, wenn sie ihre Unterschrift darunter setzen. Wir haben ja auch in dem Film gesehen, dass auch Jugendliche einen Vertrag mit der Schule abschließen. Selbst für die Jugendlichen ist das eine wichtige, eine ehrenvolle Sache, wenn sie da unterschreiben. Da sie wissen, dass es uns bekannt ist, wie sehr das für sie eine Sache der Ehre ist, nehmen sie das auch sehr ernst.

Frage:

Wir haben gestern in dem Film gesehen, dass der Imam offensichtlich arabisch sprach und nicht deutsch. Wie darf ich mir die Kommunikation vorstellen?

Antwort:

Der Imam versteht sehr gut deutsch. Wenn wir in kleinem Kreis zusammensitzen, dann sprechen wir deutsch, er versteht auch alles, und er spricht vielfach mit uns auch deutsch. Nur bei offiziellen Anlässen spricht er arabisch, weil der Wortschatz nicht so perfekt ist und er sichergehen will. Wir haben Übersetzer, die auch die Feinheiten sehr gut verstehen, damit es nicht zu Missverständnissen kommt.

Frage:

Gab es bereits einen Fall, dass sich ein Jugendlicher nicht an so einen Vertrag gehalten hat? Und was passiert dann?

Antwort:

So offensichtlich haben wir dieses Thema noch nicht gehabt. Wir wissen nicht, ob es an den Schulen solche Situationen gegeben hat. Aber bei den Verträgen, an denen die Polizei und der Imam beteiligt waren, wissen wir definitiv, dass alle eingehalten wurden. Man muss auch die Bedeutung von Verträgen unterscheiden. Mittlerweile

macht jede Schule am Anfang einer Partnerschaft mit den Familien so eine Art Schulvertrag, in dem steht, dass die Jugendlichen sich an bestimmte Regeln zu halten haben, und gerade in den sozialen Brennpunkten wird gerne mit solchen Verträgen gearbeitet, um die Eltern darauf hinzuweisen, dass sie das doch unterschrieben hätten usw. Ich denke, das hat einen anderen Wert, als wenn man einen Vertrag wie in unserem Beispiel abschließt. Wir gehen damit nicht inflationär um. Wir machen nicht aus jeder kleinen Geschichte einen Vertrag mit dem Imam, dann würde das irgendwann abgewertet. Das müssen schon Angelegenheiten von Bedeutung sein.

Frage:

Wie kommen Sie an die Jugendlichen heran, die nicht über die Moschee zu erreichen sind?

Antwort:

Es nicht so, dass die Jugendlichen alle in die Moschee gehen. Wir erreichen in der Moschee die Väter oder teilweise Großväter. In der libanesischen Gemeinde ist der Einfluss auf die Jugendlichen deutlich größer, da hat das Wort des Familienoberhaupts noch eine ganz andere Bedeutung. Das sind auch große Familien. Gleichwohl gibt es auch da Jugendliche, die ausbrechen. Die sind aber teilweise auch schon von den Familien ausgegrenzt. Ihnen gegenüber läuft das ganze normale Strafverfolgungsrepertoire, das heißt also nicht, dass wir irgendwo von Strafverfolgungsmaßnahmen Abstand nehmen, auch in anderen Bereichen nicht. Es ist immer die gleiche Situation: der Jugendliche wird straffällig, es gibt dann eine Anzeige und Ermittlungen. Dann versuchen wir aber, Kontakt zu den Familien zu bekommen, ihn aus seinem Milieu zu lösen, damit er nicht in eine kriminelle Karriere gerät. Und dann setzt die Arbeit an, dass man Verträge abschließt, dass er in die Schule geht. Die türkischen Jugendlichen sind über die Moschee, über die Familien nicht so gut zu erreichen, das heißt, wir müssen viel mehr Kontakte ansprechen. Wie ich schon angedeutet habe, haben wir Vereinbarungen mit der einen DITIB-Moschee, dass sie uns Personen nennen, die wir ansprechen können. Wir können über den Sportverein weiterkommen. Im Bereich der normalen Kriminalität, wenn es sich also möglicherweise um Glücksspiel oder Rauschgift handelt, sind polizeiliche Maßnahmen das normale Repertoire. Und das erfolgt auch. Es gibt keine Zusammenarbeit mit allen um jeden Preis.

andere Antwort:

Es ist sicher auch ein wichtiger Faktor, dass durch das zielgerichtete Vorgehen innerhalb des Sozialraums im Netzwerk und auch durch polizeiliche Maßnahmen ein stärkerer Druck auf die Jugendlichen ausgeübt werden kann. Zum Beispiel hatten die Jugendlichen am Anfang dieser Arbeit, als das noch nicht so geordnet ablief, noch sehr viele Freiräume, und die haben sich die Jugendlichen auch genommen. Durch die enge Zusammenarbeit im direkten Informationsaustausch wurde immer mehr von den Freiräumen eingeschränkt. Mittlerweile weiß jeder Jugendliche in diesem Bereich, wenn ich hier eine Straftat begehe, bin ich so gut wie überführt. Wir haben sehr viel Opferschutz betrieben, das heißt, wir haben in den Schulen viele Veranstaltungen durchgeführt, um die möglichen Opfer davon zu überzeugen, die Straftaten anzuzeigen, um die Täter aus der Anonymität herauszubekommen. Wir haben sehr engen Kontakt mit der Jugendgerichtshilfe und den Jugendrichtern. Zwischen Tatbegehung und Urteil kann ein recht langer Zeitraum liegen, und in der

Zwischenzeit kann schon wieder eine ganze Menge angefallen sein, von dem das Gericht keine Kenntnis hat, weil das noch irgendwo in der Bearbeitung ist. Inzwischen werden alle Informationen über die bei uns im Sozialraum betreuten Jugendlichen direkt an den Richter weitergeleitet. Wenn der Jugendgerichtshelfer einen Gerichtstermin hat, ruft er einen Tag vorher an, um zu erfahren, was in der Zwischenzeit alles angefallen ist. Und dann erhält er die Informationen, ob z.B. noch andere Anzeigen laufen. Das spricht sich herum. Das sind Signale. Also wissen die Jugendlichen ganz genau, hier in diesem Bereich kann ich keine Straftaten begehen, das lohnt sich nicht. Und das ist ein Effekt, der zugleich Prävention erzeugt.

Frage:

Ist bei der Kriminalitätsentwicklung in dem von Ihnen betreuten Bereich in den letzten Jahren ein Durchbruch entgegen dem Landestrend festzustellen oder hat es, wie es sich im Landestrend darstellt, einen immensen Zuwachs in der Kriminalitätsentwicklung gegeben?

Antwort:

Das Problem der PKS ist, dass man das nicht auf den Stadtteil herunterbrechen kann. Wir haben eigene Zahlen, über die wir aus der Eingangsstatistik verfügen. Es gab auch Umstellungen in der Erfassung. Da sind auch viele Daten verloren gegangen. Wir waren nach 2002 nicht in der Lage, Straftaten stadtteilbezogen darzustellen. Jetzt gibt es die Intensivtätererfassung. Da haben wir Vergleichszahlen, die für unseren Stadtteil positiv sind.

Frage:

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass man das Thema Gewalt unter Kindern und Jugendlichen und das Thema Rauschgift sehr gut in die Vereine hineinbringen kann, dass aber das Thema sexuelle Gewalt stark tabuisiert ist. Ich komme mit diesem Thema seit Jahren nicht bei den Vereinen an. Wir versuchen jetzt im Kreis Ludwigsburg, Männer, Muslime zu gewinnen und zu schulen, die das Thema als Moderatoren in ihre Gemeinden hineintragen. Haben Sie Erfahrungen mit diesem Thema in ihrem Kreis?

Antwort:

Wir haben das Thema Gewalt in der Familie angepackt. Wir haben mit Hilfe des Moscheevereins ein Info-Blatt erstellt, das an alle Familien verteilt wurde. Das Thema Gewalt in der Familie ist vielschichtig, es geht sicher um sexuelle Gewalt, es hat aber auch vielfach etwas mit körperlicher Gewalt, mit Erziehungsmethoden zu tun, die die Gewalt wieder nach außen tragen. Es war sehr wichtig, das zu thematisieren. Als wir mit dem Thema an den Imam herangetreten sind, hat der sofort von seiner Seite aus Zitate aus dem Koran für dieses Infoblatt vorgeschlagen. Das ist also praktisch eine gemeinsame Kooperations-Information des Imams der Moscheegemeinde, der aus dem Koran zitiert, der Polizei, die die rechtliche Würdigung vornimmt und der Hilfsangebote vom Jugendamt sowie der Arbeiterwohlfahrt, die den Familien klarmacht, an wen sie sich frühzeitig mit solchen Problemen wenden sollen, bevor es zu kriminellen Handlungen kommt. Wir haben dieses Info-Blatt an alle Familien verteilt, das ist über die AWO erfolgt, die ja alle Familien in Essen betreut, und wir haben danach Informationsveranstaltungen in den türkischen Moscheen und in der arabischen Moschee durchgeführt, teilweise vor 150 Personen. In der türkischen Moschee haben wir sogar von allen Leuten Beifall bekommen, das hat uns besonders überrascht. Der Hodscha hat alles ins Türkische übersetzt und so die

Älteren beteiligt. Und plötzlich klatschte die Gemeinde. Die waren selbst alle sehr zufrieden, dass die Polizei dieses brisante Thema angesprochen hat. Es ging nicht nur um sexuelle Gewalt. Das könnte man noch mal speziell thematisieren, obwohl ich der Meinung bin, das wäre ein Thema, das wir lieber der Opferschutzbeauftragten im Kreis der Frauen als Thema anbieten sollten, denn die Frauen würden mit dem Thema etwas sensibler umgehen als die Männer und würden erst mal Informationen austauschen.

Frage:

Aber genau da haben wir die Erfahrung gemacht, dass die Frauen eben nicht kommen, wenn man spezielle Veranstaltungen für sie anbietet, und man hat uns von türkischer Seite den Tipp gegeben, wir müssten die Männer dafür gewinnen, ihre Frauen zu solchen Veranstaltungen zu schicken, weil sie ein Mitspracherecht hätten. Das ist also tatsächlich ein schwieriges Thema, das von der Polizei umgangen wird, wie ich auch hier merke.

Antwort:

Sicher kann man die Moscheen nicht alle über einen Kamm scheren. Uns haben beide Moscheen die Plattform gegeben, diese Dinge mit den Frauengruppen zu thematisieren, und die Frauengruppen laden ihrerseits die Opferschutzbeauftragte regelmäßig ein und geben die Themen vor, die für sie wichtig sind. Da ist z.B. auch Rauschgift ein Thema gewesen. Frauen haben viele Themen, die sie bewegen. Es ist wichtig, dass die Moscheegemeinden diese Themen zulassen und die Frauengruppen organisatorisch unterstützen. Und das ist bei beiden türkischen Moscheen der Fall, auch bei der arabischen Moschee haben wir in den Frauengruppen diese Themen anbringen können.

Frage:

Ein Problem ist auch darin zu sehen, wie das Heiratsverhalten der jungen Männer aussieht. Oft ist es ja so, dass sehr gut ausgebildete und des Deutschen mächtige Männer Frauen aus der Türkei hierher holen, die über keinerlei deutsche Sprachkenntnisse verfügen, und die Frauen in extreme Abhängigkeitsverhältnisse zu ihrer Familie, zum Ehemann geraten. Es ist außerordentlich schwierig, diese Menschen überhaupt kommunikationsfähig zu machen. Es ist eine besondere Aufgabe, das haben Sie ja auch beschrieben, in Ihren Moscheegemeinden wird das ja auch getan, entsprechende Deutschkurse für Frauen anzubieten. Aber das Problem ist, man fängt immer wieder von Neuem an, den Stein nach oben zu rollen, und er rollt immer wieder herunter, weil sich die Dinge ständig wiederholen und man sozusagen emanzipatorische Prozesse in den Gemeinden immer wieder von vorn beginnen lassen muss und sie nicht tiefenwirksam werden können aufgrund des ewigen Nachzugs.

Frage:

Man muss einfach feststellen, ob es in den Moscheen funktionierende Frauenarbeitsgruppen gibt. Dann kann man unmittelbar mit diesen Gruppen zusammenarbeiten. Mir sind sehr viele Moscheegemeinden in Baden-Württemberg und auch in Köln bekannt, die wirklich eigenständig in der Lage sind, in der Zusammenarbeit mit dem Vorstand diese Arbeit zu leisten. Sicherlich haben Sie

damit recht, wenn Sie auf diese Art der Heirat aus der Türkei hinweisen. Sexuelle Gewalt ist für Muslime ein sensibler Punkt. Wenn z.B. jemand in der Türkei ins Gefängnis kommt wegen sexuellem Missbrauch von Kindern, wird er von den anderen Gefangenen dort zu Tode geprügelt, dann wird er gelyncht. Das wird nicht geduldet. Ich finde es gut, dass man im Kreise der Frauen erst mal über diese Probleme spricht, da ist ja ein sensibler Umgang sehr zu empfehlen. Denn diese offene Art der Diskussion setzt sich auch in unseren Reihen Schritt für Schritt durch, aber es ist noch nicht so weit. Deshalb denke ich, durch einen sensiblen Umgang und Information können wir auch da den Menschen behilflich sein bei Präventivmaßnahmen gegen den sexuellen Missbrauch. Für die Aufklärung der deutschen Familien gibt es auch finanzielle Unterstützung, da wird mit Geld sehr viel zur Aufklärung beigetragen, und ich denke, wir sollten diese Arbeit auch Schritt für Schritt in den muslimischen oder türkischen oder Migrantenfamilien thematisieren. Aber ich empfehle einen sehr sensiblen Umgang.

Moderator:

Meine Frage ist: Gibt es in Ihren Städten, z. B. in Duisburg oder in den anderen Städten, die hier vertreten sind, ähnliche Voraussetzungen, die man nutzen könnte, um eine wie in Essen durchgeführte Arbeit zu gestalten. Oder aber ist man da noch am Nullpunkt, gibt es keine Ansprechpartner auf der kommunalen Ebene. Das wäre eine sehr wichtige Anregung, dass man genau so etwas braucht wie eine Sozialraumkonferenz, auf jeden Fall ein moderiertes Gremium unter der Verantwortung des Oberbürgermeisters, wo die Polizei ein Teil ist, aber eben nicht alles macht, und ansonsten die Träger der Jugendhilfe, die Schulen in gleichem Maße in der Pflicht stehen wie die Polizei auch.

Antwort:

Es ist sicher wichtig, dass solche Gremien von oben unterstützt werden, dass sie nicht allein gelassen werden. In erster Linie müssen diese Organisationen in den Sozialräumen kleinräumig arbeiten. Arbeitskreise, die nicht an der Basis arbeiten, haben wir über viele Jahre gehabt. Die haben aber keine Wirkung gezeigt. Man kann auch nicht ein System, das in einem Teil funktioniert, sofort auf den nächsten übertragen. Das schaffen wir nicht einmal mit benachbarten Stadtteilen in Essen. Auch da müssen wir sehen, was für Strukturen vorhanden sind. Es gibt nicht in allen Stadtteilen die gleichen Voraussetzungen. Wichtig ist, dass sich die Akteure in einem Sozialraum selber organisieren, dass sie selber das Bedürfnis verspüren, durch die Netzwerkarbeit eine Hilfe zu erhalten, dass sie nicht den Eindruck gewinnen, etwas preiszugeben oder in ihrer Arbeit kontrolliert zu werden, sondern dass sie dadurch eine Unterstützung bekommen, und es dadurch einfacher wird, das Ziel zu erreichen. Oftmals geht es ja um gemeinsame Ziele. Deswegen: Anregungen sind richtig und wichtig, aber eigene Ziele und Absichten sollten in dem jeweiligen Sozialraum schon von sich aus bestehen. Von oben aufoktroiert, funktioniert es nicht.

Antwort:

In Berlin bestehen in dieser Hinsicht relativ gute Voraussetzungen. Insbesondere in den Problembezirken mit hohem Ausländeranteil gibt es sogenannte Quartiere mit einem gut funktionierenden Quartiermanagement. Das ist vermutlich das, was Sie als Sozialräume bezeichnen, kleinere Kieze, die der Förderung bedurften, die entsprechend aus EU-Mitteln (deshalb fließt das Geld auch einigermaßen) finanziert

werden. Dort gibt es Quartierbüros, die unter der Aufsicht des Bezirksbürgermeisters stehen. Das sind meistens zwei Mitarbeiter, die initiativ werden und sowohl die Bewohner als auch die im Sozialraum tätigen staatlichen oder nichtstaatlichen Organisationen an einen Tisch bringen. Insofern haben wir die allerbesten Voraussetzungen, uns dort anzudocken. Das machen wir natürlich auch. Das passt zu unserer Polizeiorganisation, wir haben ja Dienstgruppenbereiche, also kleinteilige Räume, in denen auch die örtliche Verantwortlichkeit der Dienstgruppenleiter besteht. Wir haben es seinerzeit versäumt, im Rahmen des TiK-Projekts rechtzeitig die Weichen zu stellen und dort mit unserem Projekt teilzunehmen und uns einzuordnen. Das ist dem Umstand zuzuschreiben, dass wir, als wir etwas Neues auf den Weg gebracht hatten, was zuvor keiner so gemacht hatte, den Erfolg bilateral mit den entsprechenden Kooperationspartnern auch nach außen hin dokumentieren wollten. Aber eigentlich hätte das in das TiK-Projekt gehört. Ihre positiven Erfahrungen, die Sie jetzt gemacht haben, zeigen, dass die Arbeit dadurch sehr viel leichter wird. Man braucht nicht so viel zu erklären. Wenn ein Thema, das weder die Moschee noch die Polizei auf den Weg bringen können, erst mal innerhalb eines Gremiums abgehandelt wurde, hat man die entsprechenden Verantwortungsträger sowieso am Tisch, die man mit in die Verantwortung nehmen kann.

Pavkovic:

In den Regionen, in denen ich mich auskenne, sieht es ähnlich aus. Wir haben den Ausländerbeauftragten, Migrationsbeirat oder Ausländerbeirat, Integrationsausschuss, Quartiermanagements, Gemeinschaftszentren. Christlich-islamische und christlich-jüdische Gesellschaften sind Ansprechpartner. Diejenigen, die das Quartiermanagement leiten, sind Angestellte, die auch bezahlt werden, und da denke ich, bestehen auch gute Ressourcen. Es werden allgemeine Probleme erörtert: Sauberhaltung des Stadtteils, Bekämpfung der Kriminalität oder der Prostitution in den Stadtteilen, Erneuerung der Straßen - alle diese Probleme werden offen thematisiert und diskutiert, und mit der Stadtverwaltung wird Kontakt aufgenommen bzw. die Vertretung der Stadtverwaltung ist immer bei den Sitzungen zugegen, sie werden nicht außen vor gelassen, und auch eine gute Zusammenarbeit mit der öffentlichen Presse hilft dabei sehr viel. Ich denke, in Deutschland haben wir in vielen Städten diese Infrastruktur, man muss sie nur mobilisieren.

Antwort (Duisburg):

Ich kann für die Stadt Duisburg sagen, wo ich zunächst als sog. Islambeauftragter tätig war, mittlerweile umbenannt in ‚Kontaktbeamter für islamische Institutionen‘, dass wir so viele Netzwerke haben, dass viele gar nichts voneinander wissen, so dass neben diesen wieder eigene Netzwerke entstehen. Jetzt wird erstmals eine sogenannte Integrationskonferenz durchgeführt, wo alle mit Integration oder Dialog beschäftigten Institutionen oder Vereine sich treffen, erst mal die eigene Aufgabe beschreiben und feststellen, was machen wir bis jetzt überhaupt und wo können wir Lücken, die wir im eigenen Bereich haben, durch Tätigwerden anderer Vereine oder Organisationen ausfüllen. Ich denke, es geschieht schon sehr viel, nur die Bündelung und die Steuerung bedarf einer Konkretisierung.

Antwort (Essen):

Wie sind die Netzwerke bei uns entstanden. Wir hatten früher in den Stadtbezirken, das ist die Ebene, auf der wir arbeiten können, Runde Tische, Bürgerversammlungen, alles sehr kleinräumig. Die Bezirksvertretungsebene war für uns der geeignete Rahmen, weil wir auf dieser Ebene auch politische

Ansprechpartner haben, weil die Verwaltung sich teilweise entsprechend organisiert. Wir mussten Kontakt zu den Mitarbeitern aufnehmen, die da arbeiten und feststellen, wer was bearbeitet. Und wir sind sehr schnell auf die Einzelprobleme gekommen, aus denen auch die anderen Kooperationspartner wie Jugendamt, Jugendgerichtshilfe, Familienbetreuung Erfolge ableiten konnten. Es ging darum, an konkreten Problemen zu arbeiten, an denen deutlich werden konnte, dass es nützlich ist, mit der Polizei zusammenzuarbeiten, weil das die eigene Arbeit erleichtert. Auf diese Weise kommt man sehr schnell in die vorhandenen Netzwerke hinein. Im benachbarten Stadtbezirk Altenessen funktioniert das noch nicht so intensiv. Da gibt es zwar auch eine Bezirkskonferenz, die Informationen austauscht. Es folgen aber noch nicht die konkreten Projekte daraus. Wir sind zur Zeit dabei, das zu vermitteln, zu zeigen, dass es notwendig ist, an ganz konkreten Problemen zu arbeiten. Es kann nicht nur um allgemeine Konzeptionen gehen – nach dem Motto: wir reden mal darüber, wir haben da eine Idee und warten, was daraus wird - sondern um konkrete Probleme. Wir haben in Essen als Behörde ein Projekt, das noch nicht abgeschlossen ist (dieser Film und die Broschüre, die Sie kennengelernt haben, sind ein Teil des Projekts), und der Frage nachgeht: wie bringen wir jetzt die Netzwerkarbeit weiter. Die Grundidee ist, dass man zunächst eine Analyse des Sozialraums macht, um zu erfahren, wo sind welche Ethnien vertreten, wie ist die Wohnbevölkerungsstruktur usw. Der zweite Schritt ist, eine sogenannte Ressourcenlandkarte anzulegen, die Auskunft darüber gibt, welche Ämter mit welchen Institutionen und mit welchen Personen dort tätig sind, und was dort bearbeitet wird. Der Sinn der Sache ist es, Namen zu erhalten und zu erfahren, wer an welchen Problemen arbeitet. Diese Mitarbeiter wollen wir gezielt ansprechen, wenn wir ein Problem haben und wissen, daran arbeitet der Andere auch, um über die zunächst personenorientierte Zusammenarbeit zu Problemlösungen zu kommen und diese in den Bezirkskonferenzen bzw. Sozialraumkonferenzen zu koordinieren. Die Idee, die dahinter steckt, ist Wege zu finden, wie man Zugang zu vorhandenen Netzwerken erhalten könnte. Wir verknüpfen das in der Behörde damit, dass unsere Jugendkontaktbeamten aus den Kommissariaten, also aus dem Ermittlungsbereich heraus, Kooperationen mit den Schulen suchen, und dass die Bezirksbeamten in den kleinräumigen Bereichen versuchen, an die Mitarbeiter heranzukommen und Kontakte zu den Netzwerken zu finden.

Frage:

In den Netzwerken gibt es zwei Erwartungen. Sie haben geschildert, das Ziel des Imams bei der Zusammenarbeit mit Ihnen und in den Netzwerken sei es, dass seine Landsleute positiv wahrgenommen und nicht stigmatisiert werden. Sie haben das Ziel, Kriminalität zu bekämpfen und Ihren Sozialraum sicher zu machen für alle, die dort leben. Was mich interessieren würde, ist 1. ob das von der deutschen Bevölkerung wahrgenommen wird, was Sie erwarten und 2. wie federn Sie ab, wenn so etwas wie die Anschläge von London erfolgt. Spielt das in Ihrer Arbeit eine Rolle, oder ist es sogar so, dass das in Ihrem Sozialraum nicht durchschlägt, weil Sie halt diese guten Strukturen haben und sozusagen davor geschützt werden, sich mit diesen weltpolitischen Ereignissen auseinandersetzen zu müssen.

Antwort:

Zur ersten Frage: es ist ein gemeinsames Interesse, das dem zugrunde liegt. Die libanesische Gemeinde hat ein Interesse daran, sich in der Öffentlichkeit positiver darzustellen und von dieser Stigmatisierung wegzukommen: Das gemeinsame Interesse existiert aber nur dann, wenn bestimmte Vorkommnisse nicht stattfinden,

wenn diese inakzeptablen Auffälligkeiten in der Öffentlichkeit unterbleiben. Und das ist es, was wir als Gemeinsamkeit feststellen, wo wir zusammenarbeiten und schließlich auch zu Erfolgen kommen. Durch unsere Arbeit an konkreten Problemen nehmen das die Leute auch wahr, auch die deutsche Bevölkerung.

Ein typisches Beispiel ist das Freitagsgebet: die Moschee ist voll, rundherum ist zugeparkt. Dann kommen die Beschwerden aus der Bevölkerung. Wir haben daraufhin zusammen mit der Gemeinde und den Anwohnern einen Informations-Nachmittag veranstaltet, wo man sich darüber austauschen konnte. Es wurden auch Vereinbarungen getroffen. Die Moschee setzt jetzt Leute ein, die darauf achten, dass die Wege nicht vollgeparkt werden. Das funktioniert. Da wird praktisch erlebt, wir können uns mit diesen Leuten verständigen, und es passiert auch etwas.

Die zweite Frage betraf die Ereignisse in London. Wir hatten die Situation nach den Anschlägen nach dem 11. September, dass die Gemeinden sich erklären wollten. Die haben nur keinen Kanal gefunden. Sie haben ja keinen Pressesprecher in den Moscheevereinen. Sie haben keine Dachorganisation in Essen, die das organisieren könnte. Sie sind also an die Polizei herangetreten, um zu zeigen, dass sie ihr Bedauern zum Ausdruck bringen wollten, dass sie sich als Muslime hier in Essen auch dazu erklären wollten. Wir haben auch den Gemeinden als Polizei den Zugang zur Presse ermöglicht.

Wir haben es erlebt, dass in einem Einkaufszentrum zwei wahrscheinlich libanesischen Jugendliche umherzogen und skandierten „Nieder mit Amerika. Es lebe Osama bin Laden“. Die hätte man nur kurz anrufen müssen, dann wäre das Thema erledigt gewesen und sie wären dann ruhig weitergegangen. Das hat sich aber von den Deutschen, die da waren, keiner getraut, die hatten ein unbehagliches Gefühl dabei.

Oder gerade in den Schulen ist es nach dem 11. September passiert, dass man Gedenkminuten, Trauerminuten einlegen wollte, und bestimmte Jugendliche sind demonstrativ sitzen geblieben, sind rausgegangen oder haben sogar gesagt, „Was soll das hier, damit haben wir nichts zu tun“. Auch da sind wir mit Unterstützung des Imam an die Jugendlichen herangetreten mit dem Argument, egal wie man zu den Vorfällen stehen mag, Respekt vor der Trauer des anderen muss erst mal akzeptiert werden. Auch das ist in den Schulen entsprechend nachbereitet worden. Nach den Anschlägen von Spanien ist von der alevitischen Gemeinde eine Gedenkstunde veranstaltet worden, wo evangelische und katholische Geistliche teilgenommen haben, ebenso der jüdische Rabbi und Vertreter der DITIB-Moschee, die ihre Verbundenheit mit den Opfern öffentlich ausgedrückt haben.

Neu für uns ist eine Erklärung, die erst vier Wochen alt ist, in der alle muslimischen Vereine zum Ausdruck gebracht haben, dass man nicht nur Anteilnahme mit den Opfern zeigt, sondern auch die Attentäter verurteilt. Es war ja oftmals so in der Vergangenheit, Anteilnahme mit den Opfern wurde zwar geäußert, aber auch Verständnis für die, die aus ihrer sozialen Situation heraus, aus den Umständen z.B. in Palästina, in Irak zu Selbstmordattentätern werden. Es wurde immer geäußert, dass man auch Verständnis für diese Situation habe. Und da haben sich jetzt erstmals, zumindest in Essen, die muslimischen Vereine dazu erklärt: nein, das sind Straftäter. Und sie haben ihre Mitglieder aufgefordert, unterstützt die Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung solcher Tendenzen. Ich glaube, das ist

relativ neu, und das ist eigentlich nur dadurch möglich geworden, dass wir als Polizei Zugang zu ihnen haben. Denn diese Erklärung war mit der Polizei abgesprochen. Als die Vertreter des Integrationsbeirats dazu eine Stellungnahme abgeben wollten, hat unser Leiter darauf hingewiesen, wenn ihr eine solche Stellungnahme vorhabt, bitteschön, das und das muss dann darin stehen, wenn ihr Akzeptanz finden wollt.

Antwort:

Vielleicht noch ein aktueller Nachtrag. Wir bekamen gestern einen Anruf aus der Moscheegemeinde, weil ja Frankreich im Gespräch ist. Der Imam schlug vor, dass wir die Familien aufsuchen, die Familienoberhäupter der bei uns organisierten Familien, um dieses Thema anzusprechen und die Stimmungslage zu ermitteln, wie diskutieren die Familien das Verhalten der Muslime in Frankreich und wie ist die Resonanz ihrer Jugendlichen dazu. Das zeigt, dass wir keine Tabuthemen haben. Und das zeigt auch, dass auf aktuelle Situationen sofort reagiert wird, und das nicht von uns aus, sondern der Anstoß kommt vom Moscheeverein.

Antwort (Stuttgart):

Wir hatten in Stuttgart einen Runden Tisch, unmittelbar nach den Anschlägen vom 7. Juli in London. An diesem Runden Tisch waren drei arabische Moscheevereine, ein Moscheeverein, der im Verfassungsschutzbericht steht, ein anderer Moscheeverein, der in Verbindung mit dem Mord auf den irakischen Ministerpräsidenten Allawi gebracht wird, beteiligt. Wir haben darauf hingewiesen, dass sie sich von diesen Anschlägen in London distanzieren sollten. Sie haben erklärt, sie hätten sich auch in der Vergangenheit bei vergleichbaren Anlässen distanziert, das ist auch nachgewiesen. Als Reaktion auf die Anschläge in London haben diese Moscheevereine zusammen mit dem Zentralrat der Muslime eine Veranstaltung vor dem Rathaus organisiert. Das ist ein Zeichen nach außen hin, darüber ist auch in der Presse berichtet worden, aber leider war die Teilnahme sehr gering, etwa 300 Leute. Dieses Thema wird von der Polizei, vom Staatsschutz schon gegenüber den Vereinen angesprochen, und es wird dann auch reflektiert.

Frage:

Wird ihr Projekt evaluiert. Werden die Erfahrungen systematisch gesammelt und erfasst?

Antwort:

Unsere Arbeit ist bereits über den Projektstatus hinaus. Was wir in Katernberg machen, ist tägliche Zusammenarbeit. Für das TiK-Projekt als Organisationsberatung, wo wir zwei Projektgruppen in Essen unter dem Aspekt analysiert haben, wie die Polizei organisatorisch vorgegangen ist, gibt es einen Abschlussbericht von TiK. Darüber wurde auch hier schon berichtet, wie wir das organisieren mit Jugendkontakt, Bezirksbeamten, Islambeauftragten usw. Das ist wahrscheinlich auch hier nicht Neues. Es gibt außerdem eine Evaluierung des Jugendhilfenetzwerks, wo das Interesse mehr auf die Finanzen gerichtet war, wie sich ein solches Vorgehen, nämlich die sozialraumorientierte Jugendarbeit zusammenzufassen, finanziell auf eine Kommune auswirkt. Das ist über mehrere Jahre gelaufen, früher wurde das Investitionsmodell genannt. Man muss schon viel Zeit investieren, letzten Endes zahlt es sich aber aus, auch finanziell. Der finanzielle Aufwand in Katernberg im Bereich der Jugendarbeit, hier geht es insbesondere um Heimunterbringung, liegt deutlich unter dem anderer Stadtteile, ungefähr die Hälfte kostet das schließlich noch.